

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XV
Problemstellung.....	1
Erstes Kapitel:	
Verbindlichkeiten im Rahmen bilanzrechtlicher	
Vermögens- und Gewinnermittlung.....	5
A. Wirtschaftliche Betrachtungsweise und	
Vermögensermittlungsprinzip.....	5
I. Wirtschaftliche Betrachtungsweise als Methode der	
Gesetzesauslegung.....	5
II. Primär informationsorientierte Betrachtungsweisen.....	8
1. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Sinne von	
Ausschüttungserwartungen	8
2. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Indikator der	
Unternehmensentwicklung.....	11
III. Wirtschaftliche Betrachtungsweise und bilanzrechtliche	
Schutzfunktion.....	14
1. Schutzfunktion und Aufgabenrangordnung.....	14
2. Schutzfunktion und Vorsichtsprinzip.....	18
B. Konkretisierung des Verbindlichkeitsbegriffs.....	22
I. Grundsatz wirtschaftlicher Vermögensbelastung.....	22
II. Greifbarkeit wirtschaftlicher Vermögensbelastung.....	29
1. Prinzip objektivierter Wahrscheinlichkeitsbeurteilung.....	29
2. Außenverpflichtungsprinzip.....	34

C. Konkretisierung des Passivierungszeitpunktes.....	37
I. Periodisierungs- und Objektivierungserfordernis.....	37
II. Orientierung an der unkompensierten Stichtagslast.....	39
III. Orientierung an der rechtlichen Entstehung.....	44
1. Rechtliche Entstehung als spätestmöglicher Passivierungszeitpunkt.....	44
a) Grundsatz der formalrechtlichen Verpflichtung.....	44
b) Grundsatz der rechtlichen Unausweichlichkeit.....	47
c) Unsicherheiten über den rechtlichen Entstehungs- zeitpunkt bei Anpassungsverpflichtungen.....	52
d) Ausnahmen von der Orientierung am rechtlichen Entstehungszeitpunkt bei Wiederherstellungs- verpflichtungen.....	55
2. Verwirklichung wesentlicher Tatbestandsmerkmale	58
a) Wirtschaftliche Verursachung als Hilfskriterium.....	58
b) Wirtschaftliche Verursachung bei Erfüllungsrückständen.....	60
c) Wirtschaftliche Verursachung bei gleichzeitigem Zukunftsbezug.....	62
IV. Orientierung an der betriebswirtschaftlich verursachten Last.....	66
D. Wahlrechtsaufwandsrückstellungen.....	68
I. Gesetzliche Vorschriften.....	68
II. Konkretisierungsmaß.....	69
III. Konkurrenz zwischen Rückstellungsbildung und Abschreibung.....	74
IV. Der Begriff der Verursachung und die Vorsorgefunktion des § 249 Abs. 2 HGB.....	79

Zweites Kapitel:	
Rückstellungen für öffentlich-rechtliche	
Umweltschutzverpflichtungen.....	83
A. Probleme des bilanzrechtlichen Be- oder Entstehen.....	83
I. Unmaßgeblichkeit allgemeiner Handlungsmaximen.....	83
II. Umweltrechtliche Pflichtenverhältnisse.....	86
1. Komplexität der Anspruchsgrundlagen.....	86
2. Bilanzrechtliche Systematisierung von Umweltschutzverpflichtungen.....	88
III. Pflichtenverhältnisse in ausgewählten Einzelsachverhalten	90
1. Pflichtenverhältnisse im Rahmen einer Bodenkontamination.....	90
a) Verfügung zur Beseitigung.....	90
b) Verwaltungsrechtliche Prüfung der Anspruchsgrundlagen.....	91
2. Pflichtenverhältnisse im Rahmen einer Altreifenentsorgung.....	93
a) Verfügung zur Beseitigung	93
b) Verwaltungsrechtliche Prüfung der Anspruchsgrundlagen.....	95
3. Reichweite der Pflichtenverhältnisse in Stellungnahmen des BMF.....	97
a) Ertragsteuerliche Fragen im Zusammenhang mit schadstoffbelasteten Wirtschaftsgütern.....	97
b) Ertragsteuerliche Fragen im Zusammenhang mit der Vernichtung von Altreifen.....	99

IV.	Rechtsgrundlagen von Umweltschutzverpflichtungen.....	100
	1. Immissionsrechtliche Verpflichtungen.....	100
	2. Wasserrechtliche Verpflichtungen.....	104
	3. Abfallrechtliche Verpflichtungen.....	107
	4. Polizeirechtliche Verpflichtungen.....	109
	5. Bedeutung des Verwaltungsaktes.....	112
V.	Konkretisierung der Handlungspflichten.....	117
	1. Genau bestimmtes Handeln im Sinne der Finanzverwaltung.....	117
	2. Genau bestimmtes Handeln im Sinne der Bilanzrechtsprechung.....	121
	3. Bilanzrechtliche Gleichsetzung von Gesetz und Verwaltungsakt.....	123
B.	Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme	127
I.	Maßgeblichkeit fehlender einseitiger Entziehbarkeit.....	127
	1. Wirksame Sanktionsbewehrung.....	127
	2. Zeitliche Anforderungen.....	131
	a) Zeitbezogene Anforderungen als Kriterien der Inanspruchnahme.....	131
	b) Entstehung in Geschäftsjahresnähe	133
	c) Ermessensbegrenzungen durch zeitlich bestimmbares Handeln.....	134
	d) Relativierung der Bestimmbarkeitsanforderungen...	136

II. Unmaßgeblichkeit der Kenntnis des Gläubigers.....	139
1. Keine Sonderstellung einseitiger Verbindlichkeiten.....	139
2. Maßgeblichkeit konkretisierter Pflichtensituationen.....	141
3. Erweiterte Anforderung an die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme.....	144
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse.....	149
Literaturverzeichnis.....	155
Verzeichnis sonstiger Quellen.....	187
Verzeichnis der Gerichtsentscheidungen.....	189
Sachregister.....	193